Schwarz und Rot – in Schwerin einmal anders

Linkspartei und CDU vertragen sich / Von Frank Pergande

SCHWERIN, 2. August. Die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern genießt den Sommer mit der Bundesgartenschau rund um das Schloss. Und im fünften Stock des Stadthauses sitzt mit großartigem Blick über Stadtzentrum und Schweriner See noch immer Hermann Junghans, einer der drei Beigeordneten in der Stadtverwaltung. Junghans ist Mitglied der CDU und wurde bundesweit bekannt nach dem Hungertod des Mädchens Lea-Sophie im November 2007. Seit 2002 ist er im Amt. Immer wieder gab es Versuche, ihn abzulösen.

Ein Abwahlantrag in der Stadtvertretung scheiterte. Zuletzt war es die SPD, die im Frühjahr im Kommunalwahlkampf den Beigeordneten in Frage stellte. Junghans, der aus Lübeck kommt, ist bis Oktober des nächsten Jahres gewählt. Für eine zweite Amtszeit steht er zur Verfügung. Ob er gewählt wird, ist freilich derzeit völlig offen. Aber vorzeitig wird er wohl nicht gehen müssen – ausgerechnet die Linkspartei sichert ihn.

Über die Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (Linkspartei), die im November ins Amt kam, sagt Junghans: „Von Frau Gramkow unterscheidet mich – schon wegen unserer politischen Herkunft – sehr viel. Ich habe sie aber in der bisherigen Zusammenarbeit in der Verwaltung als fair und verlässlich kennengelernt." Auch der erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters gehört zur Linkspartei. Die Linkspartei stellt in der Stadtvertretung die stärkste Fraktion. Dennoch hätte sie es wohl nicht geschafft und auch nicht gewollt, das Amt des Stadtpräsidenten zu besetzen. Stephan Nolte von der CDU wurde es. Mit der Linkspartei hat er sonst nicht viel gemeinsam. Und dennoch gibt es seit Jahren zwar kein Bündnis zwischen Linkspartei und CDU, aber Absprachen: Als Lea-Sophie starb, war der Beigeordnete Junghans für das Soziale verantwortlich. Er verteidigte sein Jugendamt gegen die Angriffe, die Mitarbeiter dort hätten den Tod verhindern können. Junghans wurde vorgeworfen, zu wenig Anteilnahme zu zeigen.

In der Sache hat Junghans inzwischen, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, längst in allen Punkten recht bekommen. Dem Jugendamt ist kein Fehler nachzuweisen. Selbst der immer wieder erhobene Vorwurf, es habe keine ordentliche Aktenführung gegeben, sticht nicht, denn laut Sozialgesetzbuch dürfen Notizen von Beratungsgesprächen mit den Eltern gar nicht aufbewahrt werden. Junghans wurde die Zuständigkeit für das Soziale entzogen. Zeitweilig war er beurlaubt. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn sind längst eingestellt. Junghans hat sich auch über den Deutschen Presserat gegen falsche Darstellungen und die Herabsetzung seiner Person in den Medien erfolgreich gewehrt. Vor allem aber war es dann das Gericht, das die Eltern von Lea-Sophie vor einem Jahr verurteilte und in der Urteilsbegründung klarstellte, dass es die Eltern gewesen seien, die das Kind verhungern ließen, und die Verwaltung hier keine Schuld treffen könne.

Viel schwerer wog für Junghans freilich das politische Nachspiel: Es war vor allem die SPD-Fraktion in der Schweriner Stadtvertretung, die zusammen mit den kleinen Fraktionen die Abwahl von Junghans betrieb. Geführt wurde die SPD damals von Manuela Schwesig, die Frank-Walter Steinmeier nun für sein Wahlkampfteam auserkoren hat, damit sich nicht alle Aufmerksamkeit in der Familienpolitik auf Frau von der Leyen konzentriert. Der SPD kam damals zupass, dass Junghans in Schwerin schon damals umstritten war. Er hatte als Kulturdezernent das Stadtmuseum im Großen Moor geschlossen mit dem Versprechen, ein neues aufzubauen – das es bis heute nicht gibt. Er war der politisch Verantwortliche, als 2006 im Schleswig-Holstein-Haus die Ausstellung mit Arbeiten von Arno Breker, Hitlers Lieblingsbildhauer, gezeigt wurde.

Junghans, Jahrgang 1965, geht dem Streit nicht aus dem Weg. Er wirkte selbst auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen über ihn unbeeindruckt. Dass der Abwahlantrag gegen ihn scheiterte, war eine Blamage für die Stadtvertretung – und nicht zuletzt einigen Leuten aus der Linkspartei zu danken. Denn die Stadtvertreter hatten zunächst genug Stimmen zusammen, um den Abwahlantrag überhaupt stellen zu dürfen. Als Junghans blieb, richtete sich der Unmut gegen Oberbürgermeister Norbert Claussen (CDU). Claussen hätte den Abgang seines Dezernenten gern gesehen, denn ihm war politisch klar: er oder ich. Claussen verlor sein Amt. Im September wurde der neue Oberbürgermeister gewählt. Eigentlich war damit gerechnet worden, dass für die SPD Frau Schwesig antreten würde. Der Kandidat war dann aber Gottfried Timm, der frühere Innenminister. Am Ende siegte denkbar knapp Frau Gramkow für die Linkspartei.

Zu dieser Zeit hatte es noch einen anderen Wechsel in Schwerin gegeben: Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) trat zurück. Sein Nachfolger wurde Erwin Sellering (SPD). Frau Schwesig wurde Sellerings Nachfolgerin im Sozialministerium.

Die Landeshauptstadt war immer stolz auf das Schweriner Modell. Das meinte: Die großen Parteien arbeiten zusammen, nicht im festen Bündnis, aber doch mit Absprachen. SPD, Linkspartei und CDU stellen jeweils einen Dezernenten. Die Linkspartei und die CDU sind inzwischen näher zusammengerückt, das Misstrauen gegen die SPD ist groß. Frau Gramkow hat die Verwaltung im Rathaus neu geordnet. Junghans ist jetzt für Kultur und Ordnung zuständig. Er habe es sich so gewünscht, sagt er. Das Museum will er unbedingt im nächsten Jahr eröffnen, wenn Schwerin 850 Jahre alt wird. Das Geld dafür allerdings fehlt. Der Schweriner Haushalt ist vom Innenministerium noch nicht genehmigt.

Maas hält sich alle Optionen offen

Parteichef Müntefering: Freie Hand für saarländische SPD

holl. WIESBADEN, 2. August. Vier Wochen vor der Landtagswahl im Saarland am 30. August hält sich die SPD ihre Koalitionsmöglichkeiten weiter offen, während der CDU-Spitzenkandidat, Ministerpräsident Peter Müller, abermals als bevorzugte Bündnisoption eine Regierung mit der FDP nannte. Die SPD im Saarland habe anders als in der Landtagswahl 2004 diesmal eine „Machtperspektive", sagte der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Heiko Maas der Deutschen Presse-Agentur mit Blick auf die jüngsten Umfragen. „Jetzt gibt es praktisch keine Konstellation ohne die SPD." Maas machte die Wahl seines Koalitionspartners davon abhängig, mit wem „ich am meisten von unseren sozialdemokratischen Inhalten umsetzen kann". Entscheidend seien einerseits die politisch-inhaltlichen Übereinstimmungen: „Da gibt es sicherlich mit der Linkspartei, aber vor allem auch mit den Grünen große Übereinstimmungen." Andererseits müsse man über fünf Jahre auch vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Ob das mit der Linkspartei gehe, müsse man sehen.

Der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering gab dem saarländischen Landesverband bei der Wahl seines Koalitionspartners freie Hand. „Das ist eine Entscheidung, die vor Ort zu treffen ist. Ich mische mich da nicht ein", sagte Müntefering am Wochenende bei einer Wahlkampfveranstaltung in Saarbrücken. Wichtig sei nur, dass die Landespartei von Beginn an offen über alle Optionen spreche. In Abstimmung mit Müntefering hatte Maas schon vor Wochen intern vereinbart, den Fehler der hessischen SPD im Wahlkampf 2008 unbedingt zu vermeiden, vor der Wahl eine Regierungszusammenarbeit mit der Linkspartei auszuschließen und nach der Wahl dieses Versprechen zu brechen.

Unterdessen schloss der bisher mit absoluter CDU-Mehrheit regierende Ministerpräsident Müller indirekt eine große Koalition mit der SPD nicht mehr aus. Bei der Wahl im Saarland heiße die Alternative Rot-Rot oder Regierungskoalition unter Führung der CDU. Als Wunschziel nannte Müller in der Zeitung „Tagesspiegel" aber eine „bürgerliche Mehrheit gemeinsam mit der FDP".

Mit der Kraft der Empörung

Die SPD in Schleswig-Holstein wählt Ralf Stegner zum Spitzenkandidaten und ärgert sich fortwährend über das Gebaren von Ministerpräsident Carstensen (CDU).

Von Frank Pergande

LÜBECK, 2. August. Ralf Stegner entwarf schon mal eine Zeitungsschlagzeile für den 28. September, den Tag nach der vorgezogenen Landtagswahl in Schleswig-Holstein: „Überraschung in Kiel: Schleswig-Holstein wählt rot". Er bekam dafür auf einem Sonderparteitag der SPD am Freitag und Samstag großen Beifall. Womöglich hat es ihm sogar eine Mehrheit der Genossen, die in der Lübecker Musik- und Konzerthalle versammelt waren, in diesem Moment geglaubt. Denn die Schlagzeile stand am Ende einer kämpferischen Rede des Partei- und Fraktionsvorsitzenden, die weder Selbstzweifel kannte noch Selbstkritik zuließ. „Wir dürfen uns nicht in die Enge treiben lassen", rief er. Wer hätte sich da noch mit Skepsis erwischen lassen wollen? Als Stegner an die Jahre der SPD-Herrschaft im Land erinnerte, blühte der Parteitag auf. Von 1988 bis 2005 stellte die SPD den Ministerpräsidenten. Heide Simonis, die frühere Ministerpräsidentin, war zum Parteitag gekommen. Auch Torsten Albig kam, der vor ein paar Wochen aus dem Bundesfinanzministerium, wo er Sprecher von Minister Steinbrück war, auf den Oberbürgermeisterstuhl in Kiel gewechselt ist. Es war der letzte große, überraschende Sieg seiner Partei im Norden.

Wann immer der Name Albig fiel – der Parteivorsitzende Franz Müntefering, der ansonsten in Lübeck Stegner die Bühne völlig überließ, nannte ihn, Stegner natürlich auch –, toste der Saal. Richtig in Stimmung aber kamen die Genossen, als Stegner auf die vier SPD-Minister in der Regierung von CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zu sprechen kam: Stegner sagte, bei der Entlassung der SPD-Minister habe dem Ministerpräsidenten jeder Anstand gefehlt. Da stand die SPD geschlossen auf im perfekt ausgeleuchteten Saal. Ute Erdsiek-Rave, Gitta Trauernicht, Lothar Hay und Uwe Döring mussten von ihren Präsidiumsplätzen zu ihrem Parteivorsitzenden an den Bühnenrand kommen. Die eben noch als Minister einer großen Koalition mehr oder weniger ruhig, dabei durchaus erfolgreich ihrer Arbeit nachgegangen waren, sind für die Sozialdemokraten zu Helden geworden – allein durch den, wie Stegner es nannte, „Ministerrausschmiss" noch an dem Tag, da die SPD-Fraktion eine vorzeitige Auflösung des Landtags gegen den CDU-Willen zunächst verhindert hatte.

Von diesem „Ministerrausschmiss", den Stegner mit einer „Räumungsklage" verglich, wird im Wahlkampf der SPD wohl noch häufiger zu hören sein. Frau Erdsiek-Rave, welche diese Entlassung nach elf Jahren als Ministerin erkennbar besonders getroffen hat, sprach am Samstag. In ihrer bedächtigen Art hat sie vermutlich oft unter dem Raufbold Stegner gelitten. Aber wirklich entsetzt ist sie über Carstensen. Vor zwei Jahren war sie noch einer der Gäste auf dem 60. Geburtstag des Ministerpräsidenten. Frau Erdsiek-Rave, die nun aus der aktiven Politik ausscheidet, sagte ihrer Partei: „Ich wollte an euch appellieren, den Auftrag ernst zu nehmen, den Sozialdemokraten zu erfüllen haben, nämlich Offenheit und Vertrauen herzustellen und nicht zuzulassen, dass dieses Land zurückfällt in Feindseligkeiten und Lagerdenken früherer Jahrzehnte." Das war nicht nur gegen die CDU gerichtet, das konnte auch als Kritik an Stegner verstanden werden.

Ralf Stegner im Porträt
Zeitgeschehen, Seite 10

Die ehemaligen Minister Frau Trauernicht und Lothar Hay wurden auf Platz zwei und drei der Landesliste gewählt. Überhaupt konnte sich Stegner mit seinen Personalvorschlägen durchsetzen. Die Liste dürfte bei der Wahl von entscheidender Bedeutung sein. Lübeck ist ebenso wie Kiel zwar noch eine Hochburg der SPD. Nach den derzeitigen Umfragen könnte es aber sein, dass die SPD nur noch mit diesen drei Direktmandaten rechnen darf. Bei der Wahl 2005 gewannen sie noch 15.

Stegner umriss, wie er sich den Wahlkampf vorstellt. Er setzt wie angekündigt auf ein linkes Programm. Er nannte Bildungsgerechtigkeit und eine Energiewende weg von der Atomenergie. Er machte den Gewerkschaften ein Angebot zur Zusammenarbeit. Er verstehe das alles nicht als links, sagte er, sondern als „gut für die Menschen in Schleswig-Holstein". Im September wolle er ein „Zukunftsteam" vorstellen. Die SPD werde nicht für Koalitionen werben, aber auch keine ausschließen. Man müsse mit allen demokratischen Parteien Koalitionen bilden können, auch solche, „die wir nicht wünschen". Immerhin ein Hinweis darauf, dass es auch zu einer Neuauflage der großen Koalition kommen könnte – was nach dem derzeitigen Umfragestand schon ein SPD-Sieg bedeutete. „Sozialer.Stärker.Stegner" heißt der neue Slogan der SPD. Stegner wurde mit 92 von 103 Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt. Er fand, das sei ein gutes Ergebnis.

Ralf Stegner setzt auf linke Themen – und plant ein „Zukunftsteam". Foto dpa

Das Feuer ist entzündet

Deutsche Lehrer über ihre positiven Erfahrungen an Auslandsschulen / Von Friederike Haupt

DARMSTADT, 2. August. Ihre Schulen stehen in Teheran, Madrid, Alexandria und Dresden. Dass die vier Lehrer sich trotzdem in ihrer gemeinsamen Muttersprache unterhalten können und auch noch von ganz ähnlichen Erfahrungen berichten, ist nichts Besonderes zwischen Mitgliedern des Verbandes Deutscher Lehrer im Ausland (VDLiA). Dessen Hauptversammlung ist traditionell ein Treffpunkt der Pädagogen aus Deutschland, die an Auslandsschulen unterrichten oder unterrichtet haben; auch bei der diesjährigen Zusammenkunft in Darmstadt wurden vergangene Woche wieder Geschichten aus den Lehrerzimmern zwischen Abu Dhabi und Zagreb ausgetauscht. Doch unter dem Motto „Bildung braucht Freunde" sprachen die Lehrer auch mit Vertretern von Bund, Ländern, Unternehmen und Bildungsförderern über aktuelle Aufgaben der Auslandsschulen und die Arbeitsbedingungen der Pädagogen.

Seit dem vergangenen Jahr hat sich deren Situation deutlich verbessert, glaubt der Vorsitzende der VDLiA, Karlheinz Wecht. Noch 2007 habe er auf der Hauptversammlung Bund und Länder, die gemeinsam für die Auslandsschulen zuständig sind, gewarnt: „Ihr spart uns noch kaputt!" Davon könne jetzt keine Rede mehr sein. Etwa 100 Millionen Euro seien im vergangenen und in diesem Jahr in die Auslandsschulen investiert worden, ihre Zahl stieg von 117 auf 135 an. 80 000 Schüler, davon etwa 18 000 deutsche, besuchen die Deutschen Schulen; etwa 1900 Lehrer wurden von Deutschland dorthin vermittelt. Die Mittlerfunktion, die die Schulen zwischen Deutschland und den Gastländern einnehmen, ist unbestritten. Austausch in Kultur-, Wirtschafts- und Bildungsfragen wird täglich betrieben. Uwe Franzke, Schulleiter an einer Berufsschule in Spanien, berichtet von einem Vorsprung seiner Zöglinge – ein Drittel davon sind Spanier – gegenüber einsprachig geschulten Absolventen. Das geht über die Sprachkompetenz hinaus: „Die Schüler wissen, wie spanische Geschäftspartner ticken." Für ein exportorientiertes Land wie Deutschland seien solche Kontakte ins Ausland unerlässlich.

Dennoch weist Franzke wie viele andere Lehrer an Auslandsschulen auf Nachwuchssorgen hin – wegen der Schulgebühren. Die Schulen werden, abgesehen von der Unterstützung durch den deutschen Staat, privat getragen, der Besuch kostet daher, je nach Land und Schule, nicht wenig Geld. Umgerechnet rund 1800 Euro im Jahr seien es etwa an der Schule in Alexandria, berichtet Frank Zimmermann, der dort seit drei Jahren unterrichtet. Für Ägypter ist das sehr viel Geld; nur wohlhabende Familien können sich das leisten. Der Lehrerverband wolle zwar eine Bildungs-, aber keine Finanzelite, sagt Wecht; doch ohne mehr Investitionen sei das nicht möglich. Er fordert daher, dass die Finanzhilfe der vergangenen zwei Jahre keine Ausnahme bleibt: „Man kann nicht erst ein Feuer entzünden und dann tatenlos abbrennen lassen."

Auch der Lehrermangel in Deutschland macht den Pädagogen Sorgen. Viele, die gern im Ausland unterrichten möchten, warten jahrelang darauf, von ihren deutschen Schulen freigestellt zu werden; sie dürfen nicht gehen, weil das Personal zu knapp ist. Und das Interesse am Zwischenspiel im Ausland – die Regelzeit sind drei Jahre, die um weitere drei verlängert werden kann – ist groß: Wer an Auslandsschulen unterrichtet hat, schwärmt oft von einem besseren Arbeitsklima, modernster Ausstattung, motivierten Schülern und mehr Möglichkeiten für die Lehrer. Auch das Ansehen sei höher als in Deutschland, sagt Joachim Schneider, der in Iran unterrichtet. Die Mutter einer Schülerin habe gesagt: „Wenn Sie weggehen, weine ich." Das sei ihm in Deutschland noch nicht passiert.

Die Schattenseiten der Arbeit an Auslandsschulen sehen viele Pädagogen in der nach Bundesländern organisierten Vermittlung. So werden die Lehrer zu sehr unterschiedlichen Konditionen ins Ausland geschickt: manche als Beamte, die in den Genuss zahlreicher Zuschüsse kommen, andere als Angestellte, denen jede Beihilfe versagt bleibt. Zudem seien die Zuzahlungen pauschaliert und oft zu niedrig angesetzt, sagt Wecht vom VDLiA. „Wenn ein Flugpreis für September berechnet wird und der Lehrer kurz vor Weihnachten fliegen muss, passt das nicht." Auch dass die Gehälter vom Auswärtigen Dienst abgekoppelt sind, bemängelt er.

Zimmermann ist in Alexandria als Bundesprogrammlehrkraft tätig, also ohne feste Anstellung und Beihilfen. Seit mehr als zehn Jahren wurde die Zuwendung – von Gehalt kann aus rechtlichen Gründen nicht gesprochen werden – in diesem Programm nicht erhöht; einzig eine steuerfreie Ausgleichszahlung von 150 Euro wurde eingeführt. Zimmermann hat eine Interessengruppe von bisher 75 Lehrern organisiert, die eine Orientierung ihrer Einkünfte an denen von Bundesbeamten fordern. Die meisten deutschen Lehrer an Auslandsschulen werden als Auslandsdienstlehrkraft besoldet und verdienen mehr. Doch neben dem Geld ist auch das Image ein großes Thema auf der Hauptversammlung der Auslandslehrer. Immer denke man beim deutschen Schulsystem an das schlechte Abschneiden in der Pisa-Studie, kritisiert Wecht. Dabei sei die Deutsche Schule im Pisa-Siegerland Finnland die drittbeste im ganzen Land; viele Finnen müssten dagegen vor dem Uni-Besuch noch Kurse belegen, da ihre Schulen sie nicht immer genug auf das selbständige Studieren vorbereitet hätten. Die Deutsche Schule in Helsinki sei trotz der hohen Gebühren sehr beliebt. Und das, sagt Wecht, motiviere wiederum die Pädagogen, mit Begeisterung an die Arbeit zu gehen.

Inland in Kürze

Streit über Interview von Althaus – Die Thüringer Opposition hat Ministerpräsident Althaus (CDU) wegen eines Interviews mit der Zeitung „Bild am Sonntag" kritisiert. Althaus hatte der Zeitung gesagt, er bete täglich für die Frau, die bei seinem Skiunfall Anfang Januar dieses Jahres ums Leben gekommen war. Der Unfall habe auch seine Ehe verändert: Er habe sich noch einmal neu in seine Frau verliebt. Althaus sagte, SPD und Linkspartei hätten zugesagt, den Unfall nicht im Wahlkampf zu thematisieren. „Ich hoffe, dass das so bleibt". Der Spitzenkandidat der SPD, Matschie (SPD), sagte daraufhin dem Internetdienst „Spiegel online", Althaus nutze „den Skiunfall für eine schamlose Selbstinszenierung im Wahlkampf." Das sei „pietätlos gegenüber der getöteten Mutter". Althaus breche „damit den Konsens, den Unfall nicht zum Wahlkampfthema zu machen", sagte Matschie und kündigte an, sich aber selbst weiter an die Absprache zu halten. Althaus' aktuelle Äußerungen habe er aber nicht unkommentiert lassen können. (KNA)

Von der Leyen dementiert – Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) hat klargestellt, sie trete zwar für eine Debatte über „die Freiheit und Grenzen im Internet" ein, habe aber keine Ausweitung von Internetsperren gegen andere rechtswidrige Inhalte als Kinderpornographie angekündigt. Ein Sprecher des Ministeriums sagte am Sonntag, der Ministerin gehe es bei der aktuellen Sperrung von Internetseiten alleine um den Kampf gegen eine ungehinderte Verbreitung von Kinderpornographie. Die Online-Ausgabe der Zeitung „Hamburger Abendblatt" hatte berichtet, Frau von der Leyen wolle den Kampf gegen rechtswidrige Internetseiten ausweiten. (dpa)

Ausland in Kürze

18 mutmaßliche Terroristen getötet – Die algerische Armee hat bei einer Militäroperation im Osten des Landes mindestens 18 mutmaßliche Terroristen getötet. Sie sollen der Terrororganisation Al Qaida im islamischen Maghreb angehört haben, berichteten algerische Medien am Sonntag. Knapp 6000 Soldaten seien an dem schon eine Woche lang dauernden Einsatz beteiligt. (dpa)

Vier Tote in Kaschmir – Bei einem Feuergefecht im indischen Teil Kaschmirs haben Regierungssoldaten mindestens vier mutmaßliche islamische Extremisten getötet. Wie die Nachrichtenagentur PTI am Sonntag berichtete, waren die Sicherheitskräfte unweit der Demarkationslinie zum pakistanischen Teil Kaschmirs gegen Stellungen bewaffneter Extremisten vorgegangen. Im indischen Teil Kaschmirs kämpfen muslimische Aufständische seit Ende der achtziger Jahre für die Unabhängigkeit oder den Anschluss der Region an Pakistan. (dpa)

Anklage gegen Liebermann empfohlen – Die israelische Polizei hat Korruptionsermittlungen gegen Außenminister Lieberman abgeschlossen und eine Anklage gegen ihn empfohlen. Es gebe genügend Beweismittel, um Lieberman wegen Betrugs, Geldwäsche, Bestechlichkeit und Behinderung der Justiz anzuklagen, teilte die Polizei am Sonntag mit. Die Entscheidung über eine Anklage liegt beim Generalstaatsanwalt. (AP)

Kongress ohne Gaza-Delegierte – Die Palästinenser-Organisation Fatah von Präsident Abbas hat beschlossen, ihren Parteikongress ohne die Delegierten aus dem Gazastreifen abzuhalten. Dies sagte Nabil Schaath, ein Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, am Samstag. Der Kongress findet am 4. August in Bethlehem statt. Ursprünglich sollten auch 400 Delegierte aus dem Gazastreifen teilnehmen. Die radikalislamische Hamas verweigerte ihnen jedoch die Ausreise und verlangte, erst müsse Abbas Hunderte inhaftierte Mitglieder ihrer Gruppe freilassen. (Reuters)

„Mythos Warschauer Aufstand" – 65 Jahre nach dem Warschauer Aufstand ist in Polen der Helden und Opfer der Erhebung gegen die deutsche Besatzungsmacht gedacht worden. Bei den 63 Tage dauernden Kämpfen waren mehr als 200 000 Personen umgekommen. „Der Warschauer Aufstand von 1944 ist heute zum Mythos geworden", sagte der polnische Präsident Kaczynski am Sonntag. (dpa)

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Stefan Dietrich; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Jasper von Altenbockum; für „Zeitgeschehen": Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart": Horst Bacia; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Holger Appel; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn; Fußball-Koordination: Roland Zorn; für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Holger Appel; Bilder und Zeiten: Andreas Platthaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Uttich; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Wolfgang Peters.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann; **Internet-Koordination:** Dr. Holger Schmidt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 69 vom 1. Januar 2009 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2009 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 39,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 44,50 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 39,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 44,50 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 18,00 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 18,50 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 49,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Frankfurter Allgemeine Zeitung D2954A und D2955A.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-archiv.de/syndikation. Auskunft unter syndikation@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591- 33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen gegebenenfalls abweichende Preise) oder www. faz.net/leserportal.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60)
Konto-Nr. 91 393 - 604

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.